



HESSISCHER LANDTAG

06. 06. 2012

Kleine Anfrage

des Abg. Siebel (SPD) vom 21.03.2012

**betreffend Aktivierung der Entwicklungszusammenarbeit in
Hessischen Kommunen**

und

Antwort

des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Vorbemerkung des Fragestellers:

In vielen Hessischen Kommunen werden positive Projekte der Entwicklungszusammenarbeit vorangetrieben. Es ist deshalb notwendig, diese Initiativen zu unterstützen und auszubauen. Hier kommt der Hessischen Landesregierung eine wichtige Rolle zu.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Welche kommunalen Initiativen sind der Landesregierung aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bekannt?

Der Landesregierung sind eine Reihe von Initiativen und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit bekannt, die kommunalen Ursprung haben. Es handelt sich um Partnerschaften und/oder Kooperationsprojekte von kommunalen Initiativen, Gemeinden, Städten und Kreisen in Hessen sowie Schulpartnerschaften.

Im Einzelnen zu nennen sind:

Partnerschaften:

- Wiesbaden/Ocotal (Nicaragua)
- Offenbach/Rivas (Nicaragua)
- Offenbach/Yangzhou (V.R. China)
- Glauburg/Maio (Cabo Verde-Kapverden)
- Kreis Groß-Gerau/Masatepe (Nicaragua)
- Bad Vilbel/Eldoret (Kenia)
- Frankfurt/Dubai (VAE)
- Frankfurt/Kairo (Ägypten)
- Frankfurt/Beijing (V.R. China)
- Frankfurt/Shenzhen (V.R. China)
- Frankfurt/Tianjin (V.R. China)
- Frankfurt/Guangzhou (V.R. China)
- Ginsheim-Gustavsburg/Ballou (Senegal)
- Hattersheim/Santa Catarina (Cabo Verde-Kapverden)
- Hofheim am Taunus/Tenkodogo (Burkina Faso)
- Lich/Tata (Marokko)
- Marburg/Sfax (Tunesien)
- Melsungen/Koudougou (Burkina Faso)
- Schwalbach am Taunus/(Cabo Verde-Kapverden)
- Viernheim/Satonevri (Burkina Faso)
- Witzenhausen/Kayunga (Uganda)

- Dietzenbach/Masaya (Nicaragua)
- Langenselbold/Diriamba (Nicaragua)
- Bad Wildungen/Yichun (V.R. China)
- Gießen/Wenzhou (V.R. China)
- Hanau/Taizhou (V.R. China)
- Main-Kinzig-Kreis/Rizhao (V.R. China)
- Kreis Offenbach/Liaocheng (V.R. China)
- Weilburg/Lianyungang (V.R. China)

Kommunale Initiativen von Bürgern:

- Städtefreundschaft Frankfurt/Granada (Nicaragua)
- Partnerschaftsverein Dietzenbach/Monimbo´ (Nicaragua)
- Bürgerpartnerschaft Dritte Welt Idstein/Mwere (Tansania)
- PANIC Para Nicaragua Offenbach/Rivas und Ochmogo-Belen (Nicaragua)
- Nicaragua Initiative Hanau-Bruchköbel
- Nicaragua Initiativgruppe Neu-Isenburg
- Hanau/Agomeda (Ghana)
- Hanau/Cuso (Peru)
- Hanau/Diriamba (Nicaragua)

Schulpartnerschaften:

- Janusz Korczak Schule Langen und Helene Keller Schule Oberursel/Diriamba (Nicaragua)
- Wilhelmshgymnasium Kassel/Al Khawarizmi, Casablanca (Marokko)
- Schulpartnerschaft Buseck/San Juan del Sur (Nicaragua)
- Freunde und Förderer der Helene Lange Schule, Wiesbaden
- Heinrich Böll Schule, Offenbach
- Oswald von Nell Breuning Schule, Offenbach
- Käthe Kollwitz Schule, Offenbach
- Freunde, Förderer und Ehemaligen der Freiherr von Stein Schule Gladenbach/Moshi (Tansania)
- Edith Stein Schule Darmstadt/Karonga (Malawi)

Frage 2. Wo gibt es bei Hessischen Kommunen im Bereich der Beschaffung Richtlinien und Verwaltungsvereinbarungen, die auf eine faire Beschaffung hinwirken?

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen wurde im Juli 2009 die Projektgruppe "Hessen: Vorreiter für eine nachhaltige und faire Beschaffung" ins Leben gerufen. Die freiwillige Arbeit dieser Projektgruppe erfolgt in kommunaler Selbstverwaltung. Im Rahmen dieser Projektgruppe werden in Teilprojektgruppen die bereits bestehenden Maßnahmen optimiert und neue Wege aufgezeigt. In diesen Teilprojektgruppen sind auch Kommunen vertreten (z.B. die Städte Darmstadt, Frankfurt, Wiesbaden und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg).

Das vom Projekt erstellte und veröffentlichte Leitbild einer nachhaltigen und fairen Beschaffung für die hessische Landesverwaltung ist den Kommunen zugänglich und kann auch im kommunalen Bereich als Richtschnur und Zielsetzung verwendet werden. Im Rahmen der Teilprojektgruppe "Produktgruppenidentifikation" beteiligen sich auch Beschaffungspraktiker aus einzelnen Kommunen derzeit an der Erstellung eines Beschaffungsleitfadens, der nach Fertigstellung auch im Kommunalbereich als Richtlinie für nachhaltige und faire Beschaffung und Arbeitshilfe für die Beschaffer vor Ort eingesetzt werden kann.

Frage 3. Welche kommunalen Partnerschaften arbeiten an Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit?

Hierzu verweise ich auf die Antwort zu Frage 1.

Frage 4. Welchen Beitrag leistet das EPN um kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu befördern?

Dem Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen) wurden für seine Aktivitäten und Projekte seit 2010 Mittel des Landes Hessen in Höhe von über 160.000 € zugesagt.

Im Hinblick auf die Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit bietet das EPN Hessen zu unterschiedlichen Themen Beratung- und Informationsvermittlung an.

Auf Anfrage berät EPN Hessen zu Fragen der Finanzierbarkeit kommunaler Initiativen, orientiert bei Fragen der sozial- und ökologisch nachhaltigen Beschaffung und steht Kommunen beratend zur Seite. EPN nutzt seine bundesweite Vernetzung in der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke (agl), um andere hessische Kommunen wie auch andere Bundesländer zur Mitarbeit zu motivieren und Vernetzungen und Austausch auf unterschiedlichen Arbeitsebenen zu fördern. EPN plant gerade Qualifizierungsangebote wie Workshops zu sozial- und ökologisch nachhaltigem Einkauf in Kommunen und stellt das kommunale Engagement im Rahmen der Wanderausstellung "Hessen Fairändert" einer breiteren Öffentlichkeit vor.

Zahlreiche EPN Hessen Mitgliedsgruppen sind aktiv in Städte- und Schulpartnerschaften sowie in Steuerungsprozessen bezogen auf Fair Trade Town-Initiativen und auf den Wettbewerb "Hauptstadt des Fairen Handels". Sie lobbyieren in städtischen Betrieben und Einrichtungen und werben immer wieder für die aktive Einbeziehung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die Entwicklungszusammenarbeit.

Für die nahe Zukunft ist eine niedrigschwellige Befragung in Kommunen mit EPN-Mitgliedsgruppen zu dortigem Engagement und Förderbedarf geplant.

Frage 5. In welchen Kommunen gibt es Konzepte zur Umsetzung der Milleniumserklärung?

Der Hessischen Landesregierung liegen hierzu keine Informationen vor. Auch den kommunalen Spitzenverbände in Hessen liegen hierzu keine Daten vor, auf die aktuell zurück gegriffen werden kann.

Frage 6. Hält die Landesregierung die Implementierung einer Lenkungsgruppe für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Kommunen für zielführend?

Nein. Es ist darauf hinzuweisen, dass bei der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit der Grundsatz der Subsidiarität und das Prinzip der Freiwilligkeit im Vordergrund stehen. Vorhaben, die im Zuge der Strukturierung und Steuerung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu mehr Bürokratie und Normierung führen, konterkarieren den Gedanken der kommunalen Eigenverantwortung.

Wiesbaden, 29. Mai 2012

Dieter Posch